

Bei uns in NRW

Ausgabe 01/2018
www.cdu.nrw
Einzelpreis 2,50 €

*Das Magazin der
CDU Nordrhein-Westfalen*



S. 4

*Laschet trifft
Unternehmer Dr.
David Gabrysch*



S. 13

*17. Politischer
Aschermittwoch*



Ständiges Auf und Ab braucht Sicherheit.

Seit fast 120 Jahren steht RWE für zuverlässige und stabile Stromversorgung. Und die wird in Zukunft immer wichtiger. Denn damit die Energiewende klappt, braucht es jemanden, der die Produktionsschwankungen der erneuerbaren Energien ausgleicht. Der da ist, wenn er gebraucht wird. Und einen Rückhalt bietet, damit wir für alle Anforderungen gerüstet bleiben. So sichern wir bei RWE die elektrische Zukunft in Deutschland. www.rwe.com



RWE

Zukunft. Sicher. Machen.



Liebe Leserinnen und Leser,

auch wenn das Jahr 2018 schon nicht mehr ganz so neu ist, möchte ich die Gelegenheit nutzen und wünsche Ihnen mit der ersten Quartalsausgabe unseres Mitgliedermagazins ein frohes neues Jahr, alles Gute, Glück und Gesundheit.

Viele von Ihnen haben sicher einige Neujahrsempfänge und Jahresauftaktveranstaltungen hinter sich gebracht. Die Straßen sind von den Überbleibseln der Karnevals- und Faschingsumzüge befreit, die Kostüme wieder im Schrank verstaubt. Schon neigt die Fastenzeit sich dem Ende zu und Ostern steht vor der Tür.

Das neue Jahr gibt uns zum einen die Möglichkeit, auf das zurückzublicken, was hinter uns liegt: Nach der gewonnenen Landtagswahl am 14. Mai 2017 haben wir in Nordrhein-Westfalen trotz eines gründlich ausgehandelten Koalitionsvertrags im Eiltempo eine Regierung gebildet und mit der Arbeit begonnen. Wir haben zahlreiche Investitionen in Innere Sicherheit, Bildung und Verkehr getätigt und viele hundert neue Stellen für Justizbeamte, Polizisten und Lehrer geschaffen – ohne auch nur einen Cent neue Schulden aufzunehmen. Bereits zwei Entfesselungspakete schaffen bessere und entbürokratisierte Rahmenbedingungen für eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitskräfte.

Am Jahresanfang blicken wir zum anderen jedoch auch auf das, was noch vor uns liegt: Der Koalitionsvertrag der Nordrhein-Westfalen-Koalition setzt eine Fülle wichtiger Projekte auf die Agenda, die wir in den kommenden Monaten und Jahren abarbeiten werden. Hierzu gehören große und langfristige Projekte wie die Verkehrsinfrastruktur, für die der Verkehrsminister im Januar einen Masterplan vorgelegt hat. Die vorliegende Ausgabe von „Bei uns in NRW“ hält dazu interessante Hintergrundinformationen bereit. Wir werden uns jedoch auch mit vielen kleineren und größeren Gesetzesänderungen beschäftigen, die das Leben der Menschen in unserem Land verbessern sollen. So wird es ein drittes Entfesselungspaket geben, mit dem wir Vereinfachungen bei Genehmigungsverfahren erreichen werden.

Ein spannendes Jahr voller Herausforderungen und Chancen liegt vor uns, lassen Sie es uns gemeinsam nutzen!

Zunächst einmal wünsche ich Ihnen jedoch ein frohes Osterfest und erholsame Feiertage.

Herzliche Grüße

Inhalt



Laschet trifft

- 4 Unternehmer Dr. David Gabrysch

Topthema

- 8 Unser Verkehrssystem zukunftsgerecht gestalten
10 Daten und Fakten zu Mobilität und Verkehr in Nordrhein-Westfalen

CDU in NRW

- 11 Abbé Franz Stock: Wegbereiter der deutsch-französischen Freundschaft
12 Neujahrsempfang in Düsseldorf
13 17. Politischer Aschermittwoch

Gastbeitrag

- 14 Metropole Ruhr: Neue Möglichkeiten in einer aufstrebenden Region

Im Visier

- 18 Das Sprachproblem der Sozialdemokraten

Rubriken

- 1 Vorwort
2 Impressum
3 Meldungen
16 12 Fragen an Dr. Daniela Lesmeister
17 12 Fragen an Markus Lewe
20 Schlussgedanken: Hovenjürgens Ansage!

Zwischen den Seiten 10 und 11 finden Sie eine neue Ausgabe „Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden Sie Informationen über aktuelle Vorhaben, Initiativen und Anträge der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

Impressum

Herausgeber:
CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
www.cdu.nrw

V.i.S.d.P.:
Generalsekretär Josef Hovenjürgen

Bild- und Textredaktion:
Beate Müller-van Ißem

Autoren:
Isabelle Fischer, Lukas Miebach, Beate Müller-van Ißem, Frank Rauer, Günther Schuhmacher, Dr. Stephan Terhorst

Redaktionsanschrift:
CDU Nordrhein-Westfalen
Redaktion „Bei uns in NRW“
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 13600 – 0
Fax: 0211 13600 – 15
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

Layout:
Designbüdchen
Inh. Patrick Dahm
Nelkenweg 12, 42489 Wülfrath
Tel.: 0160 94741537
info@designbuedchen.com
www.designbuedchen.com

Druck und Versand:
Deutsche Post
E-POST Solutions GmbH
Hansestraße 2
37574 Einbeck

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Titelbild: CDU Deutschlands/Markus Schwarze

NRW geht sicherer!

Kommission „Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen“ unter Leitung von Wolfgang Bosbach



Foto: Land NRW/Hermenau

Die Sicherheitsarchitektur analysieren, Schwächen aufdecken und Vorschläge zur Verbesserung machen: Das sind die Aufgaben der Regierungskommission „Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen“, die Ende Januar 2018 ihre Arbeit aufgenommen hat.

„Die Ereignisse der letzten Jahre haben gezeigt, dass wir eine gründliche Bestandsaufnahme unserer Sicherheitsarchitektur in Europa, dem Bund, den Ländern und den Kommunen brauchen. Angesichts der herausragenden Fachleute ist dies derzeit bundesweit die beste und kompetenteste Expertengruppe zur Inneren Sicherheit“, erklärte der CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Armin Laschet am Rande der ersten Sitzung.

Bis zur Sommerpause hat das 16-köpfige Expertengremium um CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach die inhaltliche Schwerpunktsetzung auf die Bereiche terroristische Bedrohung, Wohnungseinbruchsdiebstahl und Cyberkriminalität gelegt. Die Mitglieder der Kommission arbeiten ehrenamtlich, unabhängig und ohne inhaltliche oder politische Vorgaben. Ziel des Vorsitzenden Wolfgang Bosbach ist es, „nicht für das Archiv“ zu arbeiten: „Wir wollen unsere Arbeit so anlegen, dass die Ergebnisse und Empfehlungen noch in dieser Legislaturperiode in konkreten Projekten oder Gesetzen umgesetzt werden können.“ Mit der Einsetzung der Kommission setzt die CDU-geführte Nordrhein-Westfalen-Koalition ein weiteres zentrales Wahlversprechen um, denn: NRW geht sicherer! ■

„Ansprechpartner, Lotse, Brückenbauer“

Heiko Hendriks ist Aussiedler- und Vertriebenenbeauftragter der Landesregierung

Heiko Hendriks, Landesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung, wurde zum 1. Februar von der Landesregierung zum Beauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern bestellt. Rund 650.000 Aussiedler leben in Nordrhein-Westfalen, mehr als die Hälfte davon stammt aus der früheren Sowjetunion. Hendriks, der in Mülheim lebt und von 2014 bis 2017 dem Landtag angehörte, übernimmt gleichzeitig den Vorsitz des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen.

„Nur wer Geschichte kennt, kann auch aus ihr lernen“ ist dabei ein Leitsatz von Hendriks. Er möchte in Nordrhein-Westfalen die Erinnerungskultur stärken und die Geschichte der Vertriebenen und Aussiedler auch für die nachfolgenden Generationen erfahr-



Foto: Rochlitzer

bar machen. Hendriks will den Aussiedlern „Ansprechpartner, Lotse und Brückenbauer“ sein. Das begrüßt auch Generalsekretär Josef Hovenjürgen: „Mit Heiko Hendriks bekommen die deutschen Heimatvertriebenen nun endlich einen festen Ansprechpartner. Dass die berechtigten Belange dieser Menschen nun optimal gebündelt und unmittelbar an die Landesregierung herangetragen werden, ist ein echter Fortschritt.“ ■



Laschet trifft...

...Unternehmer Dr. David Gabrysch

Der promovierte Ingenieur David Gabrysch (geb. 1971) aus Düsseldorf beschäftigt sich intensiv mit der Mobilität und ist Geschäftsführer der arwe-Gruppe. Diese ist als Dienstleister für Flughäfen, Autovermietungen, CarSharing-Anbieter und Niederlassungen großer Automobilhersteller in Deutschland und im angrenzenden Ausland tätig. An verschiedenen Flughäfen betreibt die arwe große Mietwagenzentren und übernimmt für die Autovermieter täglich über zehntausend

Fahrzeurücknahmen sowie die Schadenskontrolle, Außenwäsche, Innenreinigung, Betankung und vieles mehr. Ein wachsender Geschäftszweig ist derzeit die Betreuung von CarSharing-Flotten, für die mobile Teams in Metropolen die Autos auf Vordermann bringen, zu den Hot-Spots fahren und Elektroautos aufladen. Getroffen haben sich Armin Laschet und Dr. David Gabrysch im modernsten Mietwagenzentrum Europas am Düsseldorfer Flughafen.

Lieber Herr Dr. Gabrysch, wie sind Sie zum Thema Mobilität gekommen?

Das Thema Auto und Mobilität hat mich seit jeher beschäftigt. Ich bin in Essen geboren und aufgewachsen und über die Kirchengemeinde früh zur CDU gekommen. Als ich dann an der RWTH Aachen promovierte, war mein Auto schlicht überflüssig, weil die Wege nunmal in Aachen so kurz sind. So habe ich mir häufig einen Mietwagen für das Wochenende organisiert. Hätte es damals schon CarSharing gegeben, wäre ich sicher der erste Kunde gewesen (lacht).

“ **Zum 18. Geburtstag hat sich noch jeder ein Auto gewünscht. Inzwischen hat sich das stark verändert.** “

Sie sind seit einem knappen Jahrzehnt bei der arwe-Gruppe. Wie hat sich Mobilität in dieser Zeit verändert?

Das Thema Mobilität war vor zehn Jahren noch gar kein Begriff. Zum 18. Geburtstag hat sich noch jeder ein Auto gewünscht. Inzwischen hat sich das stark verändert. In der Regel wollen die Menschen heute auch nur noch das Mobilitätsangebot nutzen, was sie tatsächlich brauchen. Ein eigenes Auto steht üblicherweise 23 Stunden am Tag herum. Wer hingegen den ÖPNV nutzt und bei schlechtem Wetter nicht auf den Bus warten oder nach der Arbeit noch zu Ikea möchte, der kann heute spontan und ohne lange Vorbereitung auf CarSharing-Angebote zurückgreifen. Hinzu kommt, dass der Verkehr in den vergangenen Jahren immer dichter geworden ist. Die Straßen werden immer voller und freie Parkplätze immer seltener. Neue Mobilitätsangebote sind da nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Sie bringen Unabhängigkeit und sparen Geld.

Wie spiegelt sich diese Entwicklung in den konkreten Mobilitäts-Angeboten wider?

2017 hatten wir 1,7 Millionen CarSharing-Nutzer in Deutschland – das entspricht einer Steigerung von 36 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auch der ÖPNV hat sich weiterentwickelt, ist aber keine Konkurrenz zu den neuen Produkten auf dem Markt – beides ergänzt sich eher. In Berlin gibt es

zum Beispiel innovative Projekte, bei denen nach Dienstschluss des normalen Verkehrsbetriebs Kleinbusse per App angefordert werden können, die Personen aus demselben Viertel abholen und transportieren. Wir haben heute eine Vielzahl von Angeboten: Während ein CarSharing-Auto beispielsweise oftmals nur sechs bis zehn Minuten genutzt wird und ein Mietwagen eher einen ganzen Tag, bedient das Beispiel aus Berlin den Wunsch nach etwas, das zeitlich dazwischen liegt. Für jeden Wunsch nach Mobilität gibt es inzwischen also ein Produkt.

Ihr Unternehmen ist dementsprechend also stark gewachsen?

Ja, die arwe ist in Deutschland mit dem Markt gewachsen. Wir sind zudem in Frankreich, Spanien, England und Österreich tätig und planen eine Expansion in andere Länder Europas. Dort, wo sich die Wirtschaft besonders gut entwickelt, gibt es einen wachsenden Markt für Mobilität.

Was kann Politik tun, um geeignete Rahmenbedingungen für den Mobilitäts-Ausbau zu schaffen?

Es gibt bereits ein CarSharing-Gesetz, welches die Rahmenbedingungen für die neue Mobilität definiert. Dieses Gesetz muss nun lokal umgesetzt werden. Zum Beispiel haben Städte nach dem neuen Gesetz die Möglichkeit, Parkplätze exklusiv für CarSharing auszuweisen. Dies sollten sie meiner Meinung nach nutzen. Schließlich möchte jemand, der sich am Düsseldorfer Flughafen ein Auto mietet, in der Düsseldorfer Innenstadt parken können. Da ein CarSharing-Fahrzeug 20 Privatwagen ersetzt und bei den Fahrzeug-Flotten zudem vermehrt auf Elektromobilität gesetzt wird – derzeit liegt der Anteil bei etwa 15 Prozent – würde diese Maßnahme auch zur Senkung der Stickoxidwerte in den Städten beitragen. 50 kostenfreie CarSharing-Parkplätze an der Kö in Düsseldorf, zusätzlich ausgestattet mit Elektroladestationen, würden neue Anreize für den Ausbau von CarSharing schaffen. Die Politik, sowohl in den Städten als auch auf Landes- und Bundesebene, sollte diese Rahmenbedingungen ausschöpfen.





startet und es irgendwo anders wieder abstellt, ist die Bundesrepublik Marktführer. Innerhalb Deutschlands gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Angebote. Ich schätze, dass es über 150 CarSharing-Anbieter in Deutschland gibt. Die Rahmenbedingungen in den Städten sind jedoch fast immer gleich.

Lieber Herr Dr. Gabrysch, Mobilität ist ein sehr wichtiges Zukunftsthema. Ich danke Ihnen vielmals für das interessante Gespräch!

Herzlichen Dank für Ihren Besuch. Ich würde mich freuen, wenn die Landesregierung mit den selbstgesteckten Zielen bei der Förderung der Mobilität erfolgreich ist. ■

Haben Sie den Eindruck, dass das Mobilitätskonzept des „Teilen statt Besitzen“ inzwischen bei jedem angekommen ist?

Wer bei der Mobilität darauf angewiesen ist, kennt sich bereits mit den Angeboten aus. Jeder andere würde darauf gestoßen werden, wenn – um bei dem Beispiel zu bleiben – 50 Parkplätze auf der Kö für CarSharing zur Verfügung stehen würden. Da würde ja dann jeder ins Grübeln kommen: Wäre das etwas für mich, könnte ich das nicht zeitlich und finanziell günstiger nutzen? Die Angebote müssen den Menschen schmackhaft gemacht werden. Allerdings ist klar, dass wir bei der beschriebenen Fülle von Angeboten zunächst einmal nur über die Städte sprechen. Im ländlichen Raum gibt es wiederum andere Herausforderungen. Per App angeforderte Fahrzeuge sind allerdings auch dort ein Modell. Ich denke, dass sich die Angebote von der Stadt auch hin zum Land entwickeln werden, wenn man sie angemessen fördert.

Gibt es Unterschiede bei den Rahmenbedingungen und der Entwicklung von Mobilität innerhalb Deutschlands sowie in der EU?

Deutschland ist bei der Mobilität ein Spitzenreiter. Beim „Free Floating“, also dem Konzept des CarSharings, bei dem man das gemietete Auto irgendwo

“ **Hätte es zu meinen Studienzeiten schon CarSharing gegeben, wäre ich sicher der erste Kunde gewesen.** “



Gastbeitrag von Hendrik Wüst, Minister für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Unser Verkehrssystem zukunftsgerecht gestalten

Mobilität und Verkehr sind kein Selbstzweck. Sie sind Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, für wirtschaftliche Prosperität, für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. In einer zunehmend globalisierten und arbeitsteiligen Gesellschaft bildet die Infrastruktur das zentrale Nervensystem einer starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Mobilität wird damit zum entscheidenden Standortfaktor.

Gleichzeitig steigen die Mobilitätsbedürfnisse jedes Einzelnen. Weil die Menschen immer weitere Strecken zurücklegen, wächst das Bedürfnis, Arbeits- und Freizeit in die Mobilitätszeit zu legen. Die Menschen wollen bequem von A nach B kommen und die Zeit zum Lesen, Spielen, Shoppen oder Arbeiten nutzen.

Wie also lässt sich unser **Verkehrssystem zukunftsgerecht gestalten**? Die Antwort auf die sich wandelnden Bedürfnisse einer modernen und globalisierten Gesellschaft, auf die steigende Anzahl von Pendlern, die wachsende Stadtbevölkerung und älter werdende Gesellschaft, auf den Wunsch, Mobilität individuell und situationsbedingt nutzen und digital planen zu können, kann nur in einer **pragmatischen und ideologiefreien Verkehrspolitik** liegen.

Eine Verkehrspolitik, die den Menschen zutraut, eine eigene, rationale Verkehrsmittelwahl zu treffen – frei von staatli-

cher Bevormundung. Eine Politik, die die unterschiedlichen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielt, sondern ihre jeweiligen Stärken optimal nutzt und sie als Ergänzung zueinander begreift. Der **Verkehr der Zukunft** ist modern, intelligent, ressourcenschonend, bedarfs- und lösungsorientiert. Er verbindet Menschen und sichert ihre individuellen Mobilitätsbedürfnisse. Der Verkehr der Zukunft schafft aber auch die Voraussetzungen für einen reibungslosen Waren- und Güterverkehr. Dabei nutzt er die modernsten Technologien und innovativsten Konzepte, die sich im Wettbewerb um die beste und zukunftsweisendste Lösung durchgesetzt haben.

Leider ist der Verkehr im Land in sieben Jahren Rot-Grün wortwörtlich zum Erliegen gekommen. Die Verkehrswege im „Stauland Nummer eins“ sind zu klein und überlastet, die Infrastruktur alt und marode. Diesem schweren Erbe setzt die neue Landesregierung einen neuen Ansatz in der Verkehrspolitik entgegen. Er sorgt für einen **Ordnungsrahmen**, der **Investitionen** in den Ausbau einer modernen und leistungsfähigen **Infrastruktur** ermöglicht und der die Chancen der **Digitalisierung** und Vernetzung optimal nutzt.

Das heißt vor allem wieder mehr Investitionen in unsere Infrastruktur. Mit dem Haushalt 2018 schaffen wir beispielsweise 50 neue Stellen für Planer bei Straßen.NRW, erhöhen die Mittel für externe Planungen und stellen zusätzliches Personal bei

den Bezirksregierungen ein, um dem dringend erforderlichen Bauhochlauf den notwendigen Planungs- und Genehmigungsverfahren voranzuschicken. Wir erhöhen zudem die Mittel für die Sanierung und den Neubau von Landesstraßen um fast 25 Prozent und investieren mehr Geld in die Schieneninfrastruktur, um mehr Fracht auf die Schiene zu verlagern.

Wir sind angetreten, über die klassische Infrastrukturpolitik hinauszudenken und die Verkehrspolitik zur Mobilitätspolitik zu machen. Deshalb entwickeln wir das „Bündnis für Infrastruktur“ zu einem „**Bündnis für Mobilität**“ weiter. Damit wollen wir nicht nur den Ausbau der Infrastruktur forcieren, sondern uns auch um die Mobilität der Zukunft kümmern. Wir brauchen intelligente und vernetzte Mobilität, die die Kapazitäten unserer Infrastruktur noch besser ausnutzt. An diesen Zukunftsthemen arbeiten wir in unserem „Bündnis für Mobilität“ gemeinsam mit Wissenschaftlern, Wirtschaft, Pendlern, Umweltverbänden und anderen Stakeholdern zusammen. Im Verkehrsministerium entsteht zudem aktuell mit der neuen Abteilung „Mobilität, Digitalisierung und Vernetzung“ eine Arbeitseinheit, die sich voll und ganz unserem Ziel widmet, Nordrhein-Westfalen zur Modellregion für Mobilität 4.0 zu entwickeln – mit intelligenter Verkehrsführung, neuen Mobilitätskonzepten und autonomem Fahren als Lösung für mehr Verkehrssicherheit.

Egal, ob auf der Straße oder auf dem Gleis: In einem überlasteten und zu kleinen Netz erhöht jede notwendige Bautätigkeit das Staurisiko einer Verkehrsstörung. Damit Nordrhein-Westfalen noch schneller in Fahrt kommt, haben wir uns einem verbesserten **Baustellenmanagement** verpflichtet, das die Stillstandzeiten auf Baustellen hochbelasteter Strecken verringern und die Fertigstellung der Arbeiten beschleunigen soll. Gleichzeitig wollen wir Baustellen besser

aufeinander abstimmen, damit möglichst Ausweichalternativen zur Verfügung stehen.

Wir wollen Nordrhein-Westfalen zum Bundesland mit den **schnellsten Planungs- und Genehmigungsverfahren** machen. Dazu setzen wir u.a. auf eine frühzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, um Um- und Neuplanungen zu reduzieren.

Wir wollen individuelle Mobilität für alle gewährleisten – zuverlässig und unkompliziert, auf intakten Brücken und möglichst ohne Stau, mit attraktiven Angeboten im Öffentlichen Personennahverkehr und auf der Schiene. Deshalb haben wir Christdemokraten gemeinsam mit der FDP für die kommenden fünf Jahre die Weichen gestellt für eine innovative und zukunftsfeste Mobilitätspolitik, die der Bedeutung Nordrhein-Westfalens als Transitland im Herzen Europas gerecht wird.

Daran wollen wir uns messen lassen!



Hendrik Wüst Mdl

ist seit dem 30. Juni 2017 Minister für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Der frühere Landesvorsitzende der Jungen Union NRW (2000 bis 2006) ist Rechtsanwalt und gehört seit 2005 dem Landtag Nordrhein-Westfalen als direkt gewählter Abgeordneter an. Wüst war von 2006 bis 2010 Generalsekretär der NRW-CDU. Von Ende 2010 bis Juni 2017 führte er die Geschäfte des Zeitungsverlegerverbandes Nordrhein-Westfalen. Seit 2013 ist er Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen (MIT).

Foto: Sondermann



Foto: CDU Deutschlands/Schwarze

NRW geht schneller!

Die Landesregierung nimmt mehr Geld in die Hand: Im Haushalt 2018 werden die für den Planungs- und Bauhochlauf nötigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt. Der Gesamtetat des Ministeriums für Verkehr umfasst im kommenden Haushaltsjahr Ausgaben in Höhe von rund 2,76 Milliarden Euro. Im Vergleich zu 2017 sind im nächsten Jahr 270 Millionen mehr eingeplant. Das ist ein Plus von 11 Prozent. Das zeigt: Die Landesregierung setzt finanziell einen Schwerpunkt beim Thema Infrastruktur und Mobilität.



Wir fördern Nahmobilität

Vor allem für kommunale Maßnahmen zur Verbesserung der Nahmobilität stellen wir 16,1 Millionen Euro zur Verfügung. Damit werden sowohl kommunale Rad- und Fußwege als auch die Arbeit der „Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen“ gefördert. Für die Weiterentwicklung des Radwegenetzes an bestehenden Landesstraßen in NRW werden die Mittel um ein Drittel auf damit insgesamt 12,4 Millionen Euro in 2018 erhöht. Der Bau von Radschnellwegen wird konsequent weiterverfolgt. Im kommenden Jahr stellt die Landesregierung hierfür 7 Millionen Euro zur Verfügung. Dies ist fast eine Verdoppelung der Mittel.

Die Landesregierung investiert mehr in den ÖPNV

Mit rund 1,78 Milliarden Euro Gesamtvolumen wird die Mittelausstattung für die Förderung des ÖPNV um rund 11,8 Prozent bzw. 190 Millionen Euro gegenüber dem Niveau des Haushalts 2017 erhöht. Aktuell erarbeiten wir die im Laufe der Legislaturperiode vorgesehene Einführung eines Azubi-Tickets.

Wir wollen mehr Güter auf die Schiene verlagern

Die sogenannten nichtbundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen) bedienen häufig die „letzte Meile“ zwischen dem DB-Schiennetz und Industriebetrieben sowie Häfen. Rot-Grün hatte die Infrastrukturförderung der NE-Bahnen eingestellt. 2018 führen wir die Infrastrukturförderung wieder ein, um mehr Güter auf die Schiene zu bekommen.

Mehr Planer bei Straßen.NRW

Wir schaffen 50 neue Stellen für Planer, zudem werden 20 Stellen entfristet. Außerdem wurden die Mittel für externe Planungsleistungen deutlich erhöht. Auch die Bezirksregierungen erhalten 13 neue Stellen, um Planfeststellungsverfahren zu beschleunigen. Denn der notwendige Bauhochlauf setzt einen Planungs- und Genehmigungshochlauf voraus.

Deutliche Steigerung der Investitionen in den Landesstraßenbau

Mit insgesamt 217,25 Millionen Euro für die Landesstraßen kommt es zu einer deutlichen Steigerung gegenüber 2017 (+ 23,5 Prozent). Insbesondere der Ansatz für die Sanierung von Landesstraßen steigt deutlich – um über 33 Millionen Euro auf über 160 Millionen Euro. Das sind gut 26% mehr als im letzten Jahr. Im Laufe der Legislaturperiode werden wir die Ausgaben für die Erhaltung der Landesstraßen auf 200 Mio. Euro steigen.

Schnelles Bauen

Wir verbessern das Baustellenmanagement und wollen über die verstärkte Anwendung von Wochenend- und Nachtbaustellen sowie den Einsatz von Bonus- und Maluszahlungen Verkehrsbelastungen durch Baustellen reduzieren.



Foto: CDU-Fraktion

LANDTAG aktuell:
Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

HAUSHALT 2018

Die Menschen werden profitieren

Der Landtag hat den Haushalt für 2018 verabschiedet. Einen Haushalt, der den Herausforderungen gerecht wird, vor denen unser Land steht. Er nutzt die Chancen zu einer Neuausrichtung der Politik für die nächsten Jahrzehnte. Er sorgt auf solider Basis ohne neue Schulden für die notwendige Neuorientierung. Für mehr Sicherheit, Mobilität und Aufstiegschancen in Nordrhein-Westfalen. Dafür stehen die Fraktionen der NRW-Koalition.

Der Haushalt 2018, mit Einnahmen in Höhe von 74,5 Mrd. Euro und Ausgaben in der gleichen Höhe, ist der erste Landeshaushalt seit 45 Haushaltsjahren, der ohne neue Schulden auskommt. Das ist zu Recht historisch zu nennen und ein längst überfälliger Beitrag zur Generationengerechtigkeit. CDU und FDP beschließen nach diesem Zeitraum den ersten Haushalt, der Einnahmen und Ausgaben in

Balance bringt. Dies ist verbunden mit dem Versprechen der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, diese Balance bei allen regulären Haushalten der gesamten Legislaturperiode nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern jede Möglichkeit zu nutzen, um vorhandene Schulden abzubauen.

Diese „Schwarze Null“ ist kein Fetisch. Im Gegenteil: Dass der Staat, gerade in Zeiten günstiger Umstände, mit den Mitteln auskommt, die er auf der Einnahmeseite verbucht und zeitgleich den Startschuss zur Auflösung des Investitionsstaus gibt, macht es erst möglich, die Chancen zur Neuausrichtung für die nächsten Jahrzehnte zu nutzen. Die Menschen in unserem Land werden von diesem Haushalt profitieren. Sie werden den Aufbruch, die Investitionen und die Nutzung vorhandener Chancen spürbar erfahren.



Foto: Adobe Stock



Arne Moritz,
finanzpolitischer
Sprecher

Haushalt ist Ausdruck verlässlicher und seriöser Finanzpolitik

Mit dem Haushalt 2018 legt die NRW-Koalition den Grundstein dafür, dass Nordrhein-Westfalen wieder zu einem Aufsteigerland wird. Dieser Haushalt ist Ausdruck unserer berechenbaren, verlässlichen und seriösen Finanzpolitik. Schwerpunkte setzt der Etat 2018 in den Bereichen Innere Sicherheit, Verkehr, Bildung, Digitalisierung, Integration und Kultur. So fließen 63,2 Millionen Euro in eine bessere Polizeiausstattung. Die Justiz bekommt 1.135 neue Stellen. 58,2 Millionen Euro stehen für den Erhalt von Landesstraßen zur Verfügung. Die Mittel für die frühkindliche Bildung werden um 177 Millionen Euro erhöht. Das Land schafft 2.048 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer. Insgesamt sichert die Landesregierung im Schulbereich weit mehr als 5.000 Stellen, da zudem 3.299 kw-Vermerke gestrichen werden, also Stellen, welche die Vorgängerregierung als „künftig wegfallend“ vorgesehen hatte. Für die Breitbandversorgung stehen 220 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt bereit. Und die finanzielle Förderung für kulturelle Einrichtungen wächst um 20 Millionen Euro – von 200 Millionen auf nun 220 Millionen. Gleichzeitig spart das Land 131 Millionen Euro ein, verteilt über verschiedene Landesressorts. Die mittelfristige Finanzplanung des Landes, die ebenfalls verabschiedet wurde, sieht 2019 einen Überschuss von 30

Millionen Euro und ab 2020 Überschüsse von mehr als einer Milliarde Euro vor.

Rückkehr zu seriöser Haushaltspolitik

War der Nachtragshaushalt 2017 noch ein Reparaturretat, ist der beschlossene Haushalt 2018 der erste Gestaltungshaushalt der NRW-Koalition. Es wird konsolidiert, modernisiert und investiert.

Die finanzielle Hinterlassenschaft der Regierung Kraft ist desaströs. Ihre Schlusslichtbilanz ist ebenso verheerend wie ihre Haushaltführung. Viele Bereiche sind völlig unterfinanziert, wie Innere Sicherheit, Kinderbetreuung, Krankenhäuser und Weiterbildungseinrichtungen. Das werden wir nun korrigieren. Um den gewaltigen Kahlschlag zu beseitigen, müssen wir über den Nachtragshaushalt die notwendigen Mittel bereitstellen.

Jahrelang hat Rot-Grün versucht, sich mit Schönrederei und Trickereien über Wasser zu halten. Die vorzeitige Darlehensrückzahlung des BLB ist das Paradebeispiel. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen hatten dieser Politik im Mai eine Abfuhr erteilt. Sie haben ein Recht darauf, dass Ihre Regierung solide wirtschaftet. Mit der NRW-Koalition kehrt nun endlich eine seriöse Haushaltspolitik zurück, zum Wohle der Menschen.

Der Haushalt 2018 im Überblick

INNERE SICHERHEIT

- 63,2 Millionen Euro für eine bessere Polizeiausstattung
- 500 neue Polizeiverwaltungsassistenten
- 650 Stellen zur Übernahme von Kommissarinnen und Kommissaren
- 1.135 neue Stellen in der Justiz

VERKEHR

- 38,35 Millionen Euro mehr für den Erhalt von Landesstraßen.
- 50 neue Techniker- und Ingenieurstellen beim Landesbetrieb Straßenbau
- 6 Millionen Euro zusätzlich für unterschiedliche Posten, wie beispielsweise die Erhöhung der Planungskapazitäten

BILDUNG

- 2.048 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer
- 3.299 kw-Vermerke zusätzlich, die die alte Landesregierung vorgesehen hatte, werden gestrichen

DIGITALISIERUNG

- 220 Millionen Euro für die Breitbandversorgung
- Ziel: bis 2025 mehr als zwei Milliarden Euro für Digitalisierung aus dem Landeshaushalt

KOMMUNEN

- 100 Millionen Euro für ihre Integrationsleistung

INTEGRATION

- 15,3 Millionen Euro zusätzlich für Finanzierung der Kommunalen Integrationszentren
- integrationspolitisches Programm „Komm-An“ soll fortgeführt werden.

GESUNDHEIT

- Mittel für eine landesweite Impfkampagne
- Etat für die medizinische Versorgung Obdachloser um 750.000 Euro aufgestockt

KINDERFEUERWEHREN

- 1,75 Millionen Euro mehr für die Förderung von Kinderfeuerwehren und die Anschaffung von Mannschaftsbussen

KULTUR

- Etat wird über gesamte Legislaturperiode verteilt von 20 Millionen Euro im Jahr 2018 auf 100 Millionen Euro ansteigen





Foto: Adobe Stock

HAUS DER GESCHICHTE

NRW-Geschichte greifbar und erlebbar machen

Nordrhein-Westfalen bekommt ein Haus der Geschichte. Der Landtag hat mit Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen die Einrichtung einer Expertenkommission beschlossen. Sie wird in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Museen, Instituten und wissenschaftlichen Lehrstühlen des Landes die notwendigen institutionellen Voraussetzungen dafür schaffen, das Geschichtsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger

Nordrhein-Westfalens sowie ihr Verständnis für das politische, das soziale, das ökonomische, das gesellschaftliche und das kulturelle Leben in unserem Land zu fördern und fortzuentwickeln.

Mit dem „Haus der Geschichte“ soll das Bewusstsein der Menschen für die Landesgeschichte als Bestandteil einer Landesidentität gestärkt werden. Die nordrhein-westfälische

Geschichte und Politik soll so verständlich und öffentlich wahrnehmbar werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich darin wiedererkennen und offen für kontroverse Deutungen



zusammen. Sie verbanden damit durchaus heterogene Regionen und Mentalitäten.

In seinen Facetten spiegelt sich die Vielfalt unseres Landes wieder, das weder von seiner Einwohnerzahl, noch wirtschaftlich oder kulturell den Vergleich mit Europäischen Nationalstaaten scheuen muss: In unserer Heimat stehen der Kölner Dom oder das Schloss Augustusburg gleichberechtigt neben der Zeche Zollverein, dem Nationalpark Eifel, dem Westfälischen Schinken, dem Bergmann im Revier oder dem Rosenmontagsumzug.

Was alle Menschen in Nordrhein-Westfalen eint, ist ihre gemeinsame Geschichte. Das gilt für den Mann, der zwischen Rhein und Ruhr

und Diskussionen sowie für die Vielfalt geschichtlicher Betrachtungsmöglichkeiten sein. Das „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens“ wird die Auseinandersetzung mit der Geschichte unseres Bundeslandes anregen und aktiv unterstützen. Es wird deshalb zur Identifikation mit ihrer Heimat beitragen und die Bereitschaft zum gesellschaftspolitischen Engagement erhöhen.

Nordrhein-Westfalen ist, bereits die Schreibweise macht es deutlich, ein von außen zusammengefügtes Land: Nach dem Krieg schlossen die Briten die ehemals preußische Provinz Westfalen, den Nordteil der ebenfalls preußischen Rheinprovinz und das Land Lippe



geboren ist, genau wie für die Frau, die immer schon hier gelebt hat oder das Kind, das erst neu zugezogen ist. Sie alle erleben Geschichte anders. Sie alle haben einen anderen Blick auf die zurückliegenden 70 Jahre seit Gründung des Landes.



Die Spitzen der NRW-Koalition und der Landtagspräsident André Kuper haben das Projekt ganz weit oben auf die politische Agenda gesetzt. Der erste Schritt ist nun gemacht. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Bodo Löttgen, hat als Zielmarke ausgegeben: „Dieses Museum wäre ein schönes Geschenk zum 75. Geburtstag des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahr 2021“.



WERKSTATTGESPRÄCH

Innovative Antriebe – Fahrverbote vermeiden

Die Diskussion um die Luftbelastung durch Stickstoffdioxid hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Es drohen Fahrverbote in unseren Innenstädten.

Alternative Antriebsformen

Die CDU-Fraktion ist gegen pauschale Fahrverbote, denn sie schränken die individuelle Mobilität und das innerstädtische Wirtschaftsleben unzumutbar ein. Der Handlungsbedarf in Bezug auf innovative Antriebe ist daher groß. Längst werden in Forschung und Wirtschaft unterschiedliche alternative Antriebsformen diskutiert und entwickelt, die den technischen Fortschritt beschleunigen, Ressourcen schonen und die Lärm- und Emissionsbelastung senken. Dabei hat die Politik nicht zu entscheiden, welcher technische Weg der richtige ist, sondern mit einem technologieoffenen Ansatz den Rahmen zu schaffen, dass Wissenschaft, Forschung, und Fahrzeughersteller weiter technische Fortschritte erzielen können.

Werkstattgespräch in der CDU-Fraktion

So folgten 70 Vertreter von Unternehmen, Kammern und Verbänden der Einladung der Arbeitskreise Wirtschaft, Energie und Landesplanung, Verkehr sowie Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz in den Landtag. Sie beteiligten sich rege am Expertengespräch ‚Technologieoffen Antriebe fördern

– Fahrverbote vermeiden‘. Die Veranstaltung hat gezeigt, dass unterschiedliche technologische Antworten zur Verfügung stehen, um sowohl das Stickstoffemissionsproblem zu lösen als auch Verbesserungen im Hinblick auf den Kohlenstoffdioxidausstoß zu erreichen. Aus der technologieoffenen Perspektive existieren verschiedene, auf dem Energieträger Gas basierende Technologien, die für eine moderne, klimaschonende und emissionsarme Mobilität genutzt werden können.

Einig waren sich die eingeladenen Experten darin, dass die einzelnen Technologien nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Die Herausforderungen seien zu groß und zu wichtig, um sich nur auf eine Technologie zu konzentrieren und alle anderen Wege zu vernachlässigen. Dafür ist es entscheidend, die bereits auf dem Markt befindlichen Technologien und solche die kurz vor dem Marktdurchbruch stehen durch gezielte Anreize und den Abbau von gesetzlichen Einschränkungen zu fördern und entsprechende politische Signale zu setzen. Die Verbraucher, sowie die Industrie und Produzenten benötigen Planungssicherheit für die entsprechenden Technologien. Die festgelegte Aussetzung der Steuervorteile für gasbetriebene Autos habe laut Expertenmeinung schon sichtbar der Attraktivität dieser Mobilitätsformen geschadet.



Foto: Adobe Stock

HOCHSCHULGESETZ

Mehr Freiheit für unsere Hochschulen

Studieren in Nordrhein-Westfalen wird besser und erfolgreicher. Denn mit der Novellierung des Hochschulgesetzes verbessert die NRW-Koalition die Rahmenbedingungen an den Universitäten. Im Mittelpunkt der Novelle steht das Verhältnis zwischen Land und Hochschulen. Dabei soll die Politik nicht den Alltag der Lehrenden und Lernenden durch unnötige Detailregelungen belasten. Daher kehrt Nordrhein-Westfalen zu den bewährten Instrumenten des Hochschulfreiheitsgesetzes der Regierungszeit von 2005 bis 2010 zurück, die nun weiterentwickelt werden.

Eigenverantwortung fördern

Das Land gibt den Hochschulen ihre eigenverantwortliche Gestaltungskraft zurück, um noch bessere Forschung und Lehre zu ermöglichen. Denn bei einem Zusammenwirken auf Augenhöhe können sich die Hochschulen weitergehend frei entfalten und wieder mehr Verantwortung übernehmen. Das bedeutet konkret, dass bevormundende und bürokratische Gesetze von Rot-Grün, allen voran der Hochschulentwicklungsplan, gestrichen werden. Auch die sogenannte „Zivilklausel“, die Hochschulen zur friedlichen Forschung verpflichtet, ist ein Ausdruck des Misstrauens gegenüber den Hochschulen. Sie ist zudem überflüssig, da bereits das Grundgesetz eine Friedensordnung vorschreibt. Ebenso fällt das Durchgriffsrechts des Landes weg. Es hatte ermöglicht, bei Konflikten zwischen Land und Hochschulen, Landeszuschüsse als Druckmittel einzusetzen.

Darüber hinaus ist es Hochschulen künftig wieder erlaubt, Anwesenheitspflichten einzuführen. Wir vertrauen auf die Kompetenz der jeweiligen Hochschulen, die frei darüber entscheiden können, ob und wie sie die Anwesenheitspflicht regeln wollen. Eine umfassende Anwesenheitspflicht für alle Typen von Lehrveranstaltungen bleibt dabei ausgeschlossen. Die NRW-Koalition hat in zahlreichen Gesprächen und Zuschriften Rückendeckung aus nahezu allen Bereichen des Hochschulwesens erhalten.

Neue Instrumente in der Hochschulpolitik

Die interne Hochschulorganisation, also die Aufgaben und Befugnisse der Hochschulorgane sowie die Regelungen über ihre Zusammensetzung und Wahl, bleiben hingegen nahezu unverändert. Sie haben sich in der Praxis bewährt. Zudem werden einige neue Instrumente in der Hochschulpolitik ermöglicht. So besteht künftig die Option, verbindliche Vereinbarungen über den Verlauf des Studiums mit den Studierenden zu schließen oder im Rahmen eines online-basierten Selbsteinstufungstest („Assessment“) vor Studienbeginn die eigene Eignung zu überprüfen. Ziel bei beiden Maßnahmen ist es, die Zahl der Studienabbrecher zu reduzieren. Die Gesetzesnovelle wird in den nächsten Monaten den Landtag durchlaufen. Eine Verabschiedung soll vor der Sommerpause erfolgen, so dass das die neuen verbesserten gesetzlichen Regelungen zum Wintersemester 2019/2020 in Kraft treten könnten.



Dr. Stefan Berger,
wissenschaftspolitischer Sprecher



NEUER FRAKTIONSSAAL

Alles neu macht 2018

Seit der Wahl ist jetzt fast ein Jahr vergangen – fast ein Jahr seit der Vereidigung der neuen Regierung und dem Arbeitsbeginn der NRW-Koalition. Die CDU-Fraktion hat jetzt 72 Abgeordnete im Landtag, die sich regelmäßig einmal in der Woche zur Fraktionssitzung treffen. Zunächst geschah das noch im vorhandenen alten Fraktionssaal. Doch den gibt es nicht mehr. Nach 30 Jahren erstrahlt der Saal in neuem Glanz. Die komplette Weihnachtspause

haben die Umbauarbeiten gedauert. Heute sitzen die Abgeordneten nicht mehr auf den alten Polstern an den schweren Holztischen, sondern auf ergonomischen Stühlen an modernen Tischen. Die Mikrofonanlage ist neu – genauso wie der Teppich. Der Umbau war aus Sicht der Landtagsverwaltung nötig und hat gleichzeitig den Vorteil, dass in einem frischen Raum auch frische Gedanken Platz haben.





Foto: Adobe Stock

NRW IST SPORTLAND NR. 1

Im Dialog mit den Sportvereinen

Begeisterung, Zusammenhalt, Bewegung. Dafür steht der Sport in Nordrhein-Westfalen mit seinen über 19.000 Vereinen. Von den ganz großen Clubs mit zehntausenden Mitgliedern bis zu kleineren mit wenigen hundert. Die NRW-Koalition wird in Zukunft das Ohr bei den Sportlerinnen und Sportlern haben. Nur gemeinsam mit den Vereinen kann Nordrhein-Westfalen Sportland Nummer Eins bleiben. Wir werden daher regelmäßige Gespräche mit den Sportvereinen, mit den Sportbünden und mit den Fachverbänden führen“.

Der erste Aufschlag ist gemacht. So folgten die zwanzig größten Vereine des Breiten- und Spitzensports der Einladung von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen in den Landtag. Mit dabei Amateur-Vereine wie der TSV Leverkusen 04 und die Sportgemeinschaft Langenfeld mit über 10 000 Mitgliedern, sowie Clubs der Fußball-Bundesliga wie der 1. FC Köln und Borussia Dortmund. Sie nutzten die Gelegenheit, um Ihre Nöte, Probleme, Anregungen und Wünsche anzusprechen bzw. vorzutragen. Ob Mitgliederschwund, Raumnöte oder Lärmschutz – auf Vieles gab es sofort eine Antwort. Manches werden die Sportpolitiker in den kommenden Wochen und Monaten aufarbeiten. Die wichtigste Erkenntnis des Abends: Der Sport fühlt sich nun endlich wieder ernst genommen.

Wie sehnsüchtig der Sport unserem Land auf ein Zugehen der Politik gewartet hat, zeigten die Stadt- und Kreissportbünde. Auch sie kamen

zahlreich in den Landtag, um über die Zukunft des Sports – vor allem des Breitensports – zu diskutieren.

DFB- Präsident Grindel zu Gast

Ende Januar begrüßte die Fraktion den DFB-Präsidenten Grindel zu einem Hintergrundgespräch. Bei dem zweistündigen Gespräch ging es neben dem Wunsch des DFB-Präsidenten, dass Land und Bund mehr Finanzmittel für die Neuerstellung und Sanierung von Sportstätten zur Verfügung stellen müssen auch um das Verhalten von Problemfans. Des Weiteren um die Konkurrenzsituation zwischen aktivem Sport und e-Sport, die neuen Herausforderungen durch den schulischen Ganztags und um die Bedingungen für eine erfolgreiche Bewerbung des DFB zur Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft 2024 in Deutschland.

Außer Deutschland hat sich bisher noch die Türkei beworben. Die kompletten Bewerbungsunterlagen müssen bis zum 27. April 2018 abgegeben werden. Der DFB schlägt insgesamt zehn Spielorte vor. Aus NRW sind dies die Spielorte Köln, Dortmund, Gelsenkirchen und Düsseldorf. Entscheider sind insgesamt 18 Vertreter der UEFA. Die endgültige Entscheidung über die Vergabe der EM erfolgt am 24. September 2018.

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt ausdrücklich die Bewerbung für die Fußball-Europameisterschaft 2024.



Jens Nettekoven,
sportpolitischer
Sprecher



Foto: Adobe-Stock



Rainer Deppe,
stellv. Fraktions-
vorsitzender

NAMENSBEITRAG

Pranger wird abgeschafft

Stellen Sie sich einmal vor, Sie müssten Ihren aktuellen Punktestand in Flensburg für alle anderen Verkehrsteilnehmer deutlich lesbar an Ihrem Auto anbringen. Dann können Sie erahnen, wie sich alle, die in Nordrhein-Westfalen Lebensmittel verarbeiten und zubereiten, fühlen. Die unmittelbar vor der Landtagswahl von Rot-Grün eingeführte sog. „Hygiene-Ampel“ ist für sie nichts anderes als ein öffentlicher Pranger.

Rot-grünes Bürokratiemonster

Jede Bäckerei, jedes Café, jeder Metzger, jede Gaststätte, kurz alle Lebensmittelbetriebe sollten ab diesem Zeitpunkt gezwungen werden, eine amtliche von grün über gelb nach rot reichende Farbtafel an die Eingangstüre ihres Betriebes zu kleben. Mit Punktwerten auf die zweite Nachkommastelle genau wird eine Scheintransparenz vorgegaukelt. Doch diese Zahl erfasst weniger den tatsächlichen Zustand in den Küchen und Backstuben, sondern entsprechend dem rot-grünen Kontrollwahn vor allem die Vollständigkeit der Aufzeichnungen. Hauptsache, alles ist dokumentiert. Wer seine Wäsche selbst wäscht,

bekommt einen Punktabzug; wer eine Großwäscherei beauftragt, hat die volle Zahl. Für einen Schädlingsbefall gibt es maximal 3 Minuspunkte, für eine fehlende Reinigungsdokumentation aber 4, auch wenn der Betrieb blitzsauber ist. So hatte der Verband der Lebensmittelkontrolleure schon bei der Einführung der Hygiene-Ampel auf den vollkommen ungeeigneten Maßstab hingewiesen. Über die Hygiene der Produkte sagt die Ampel gar nichts. Aber besonders für kleine Betriebe bedeutet die Dokumentation eine unverhältnismäßige zusätzliche Arbeitsbelastung.

„Hygieneampel“ abgeschafft

Diesen Pranger schaffen wir wie im Wahlkampf angekündigt ab. Er ist Bestandteil unseres Entfesselungspaket 1, mit dem 14 Gesetze überbordender Bürokratie geändert werden. Paket Nr. 1 befindet sich auf der Zielgeraden der parlamentarischen Beratung. Nr. 2 ist bereits im Kabinett behandelt. Weitere Bürokratieabbau-gesetze sind in Vorbereitung. Schließlich wollen wir NRW wieder an die Spitze der Bundesländer bringen.



Foto: Adobe Stock

AKTUELLE STUNDE

Leben retten - für Organspenden trommeln

Organspenden retten Leben. Daher war es nicht nur richtig, sondern auch lebenswichtig, dass der Landtag in einer Aktuellen Stunde darüber diskutiert hat. Alle sind aufgefordert, für Organspenden zu werben. Wir müssen alle Kommunikationswege nutzen und gemeinsam für Organspenden trommeln – damit viele Menschen am Leben bleiben. Organtransplantationen sind für Patientinnen und Patienten, die auf Wartelisten stehen, die einzige Chance, ihr Leben zu retten oder ihre Lebensqualität deutlich zu verbessern. Bedauerlicherweise gehen die Zahlen der Organspender in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich zurück. Im Jahr 2017 gab es nur 146 Organspender – die niedrigste Zahl seit 1999. Das bedeutet eine Zahl von 450 gespendeten Organen. Rein rechnerisch kamen damit auf eine Million Menschen in Nordrhein Westfalen nur 8,2 Organspender. Die Spenderrate war damit niedriger als in jedem anderen Bundesland.

Die Ursachen für einen Mangel an Spenderorganen müssen dringend behoben werden, in dem zum Beispiel potentielle Spender in den Krankenhäusern erkannt und gemeldet werden, die Aufklärung der Bevölkerung kontinuierlich aktualisiert und die gesellschaftliche Akzeptanz erhöht wird.

Mit dem damaligen Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann haben wir schon 2007 in Nordrhein-Westfalen verpflichtend einen Beauftragten für Transplantationen an den Kliniken verankert. In seiner Amtszeit wurden in NRW deutschlandweit die meisten Organe gespendet. An diese Arbeit müssen wir nun anknüpfen, sie weiter stärken und fortentwickeln. In weniger als 15 Prozent der Hirntod-Fälle werden die Beauftragten auch wirklich eingebunden und potentielle Spender so nicht erkannt. Wir werden uns genau anschauen, wo die Arbeit der Beauftragten funktioniert. Und wir werden kritisch nachhaken, wenn diese Aufgabe vor Ort nicht ernst genommen und der gesetzlichen Pflicht nicht nachgekommen wird.



Jochen Klenner,
Abgeordneter
CDU-Fraktion



Peter Preuß,
gesundheitspoli-
tischer Sprecher



Löttgens parlamentarischer Nachschlag!

Die ALITALIA-Methode der Opposition.

SPIEGEL online meldete am 3.2.2013, dass ein Flugzeug der ALITALIA beim Anflug auf Rom von der Bahn abkam und im Gras landete. Doch bei der Fluglinie wollte man offenbar ersteinmal den eigenen Ruf retten. Mit einer Idee, die eher den Vertuschungsaktionen betrunkenen Autofahrer gleicht. Über Nacht hatte man anscheinend versucht, alle Spuren zu verwischen und über Schriftzug und Farben auf Rumpf und Fenstern des Flugzeugs lackiert. Die Maschine, auf der direkt nach dem Unglück noch das Firmenlogo der ehemaligen italienischen Staatsfluglinie zu sehen war, strahlte am nächsten Morgen schneeweiß aus dem Graben neben der Landebahn. Das italienische Unternehmen verteidigte sein Krisenmanagement. Man habe verhindern wollen, dass dem Image der Firma Schaden zugefügt werde.

Die Opposition von SPD und B90/Die Grünen scheinen bei Plenardebatten im Landtag großen Gefallen an dieser ALITALIA-Methode zu finden und versucht mit allen Mitteln ihr eigenes Versagen in der Regierung wortreich in unschuldigen Weißtönen zu übermalen.

Egal ob Chaos bei der Inneren Sicherheit, zunehmende Wohnungsnot in Ballungsräu-

men, Stau und mangelhaftes Baustellenmanagement, fehlende Abdeckung kommunaler Finanzrisiken oder Anstieg der Kinderarmut: Heute fordert man all das von uns ein, was man selbst in sieben Jahren Regierungszeit hätte machen können, es aber fahrlässig oder vorsätzlich eben nicht gemacht hat!

Als bemerkenswertes Beispiel sei die Unterschrift des grünen Umweltministers Johannes Remmel unter die Leitentscheidung für den Braunkohletagebau vom 6. Juli 2016 genannt. Darin festgehalten der Satz, „dass Braunkohleabbau im Rheinischen Revier weiterhin erforderlich ist“. Ein gutes Jahr später distanziert man sich davon und fordert schnellstmöglichen Ausstieg.

Aber Verantwortung für Handeln oder Nichthandeln in der Vergangenheit bleibt bestehen. Da hilft kein Umlackieren. Als CDU-Fraktion werden wir auch in Zukunft, wo notwendig, den Lack vom Versagen der ehemaligen rot-grünen Landesregierung abkratzen, das Problem offenlegen und beheben. Verlässlich und mit dem notwendigen Verantwortungsbewusstsein.

IMPRESSUM:

Herausgeber: CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf | **Vorsitzender:** Bodo Löttgen MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer: Matthias Kerkhoff MdL | **Redaktion:** Stephanie Feck, Kai Schumacher, Britta Weiss
Kontakt und Website: www.cdu-nrw-fraktion.de

Gastbeitrag von Regierungspräsident Hans-Josef Vogel

Abbé Franz Stock: Arnsberger als Wegbereiter der deutsch-französischen Freundschaft

Im Bild: Armin Laschet zu Gast im Elternhaus von Franz Stock, links neben ihm Stocks Schwester Theresia Stock.

Foto: Gaby Decker

55 Jahre alt ist der Élysée-Vertrag in diesem Jahr, genau so alt wie die deutsch-französische Freundschaft. Er wurde am 22. Januar 1963 von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle im Pariser Élysée-Palast unterzeichnet. Zuvor hatte es 400 Jahre lang im Schnitt alle 15 Jahre Krieg zwischen Deutschland und Frankreich gegeben.

Der geistige Wegbereiter dieser neuen Freundschaft von Franzosen und Deutschen war ein Nordrhein-Westfale: Franz Stock aus Arnsberg, dessen 70. Todestag wir am 24. Februar 2018 begangen haben. Der französische Staatspräsident und der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens erinnerten jetzt an die herausragenden Leistungen von Franz Stock – Emmanuel Macron in einer Rede zu Beginn des Jahres und Armin Laschet mit dem Besuch des Elternhauses von Franz Stock in Arnsberg, wo er sich mit dessen jüngster Schwester Theresia Stock und Vertretern des Franz-Stock-Komitees traf.


Franz Stock wirkte im Paris der deutschen Besatzung als katholischer Priester. Er ging in die Pariser Nazi-Gefängnisse, redete mit den Gefangenen und Geiseln der Nazis. Er stellte heimlich Verbindungen zu ihren Familien her, schmuggelte Kassiber, brachte Bücher und Essen trotz Verbot und Gewaltandrohung der deutschen Gestapo. Franz Stock stand auf der Seite der zum Tode Verurteilten. Unter ihnen waren die Besten Frankreichs, die Angehörigen des französischen Widerstands. Er begleitete sie zu den Todespfählen der Hinrichtungsstätte auf dem Mont Valérien. Er musste zusehen, wie sie ermordet wurden. Tausendfach. Die Ermordeten aber wussten, Franz Stock war bei ihnen. Er verriet Beerdigungsorte. Franz Stock informierte, tröstete, ermutigte ihre Familien und warnte andere französische Widerstandskämpfer vor drohenden Gefahren.


Die Franzosen gaben „ihrem“ Abbé Franz Stock die Bezeichnung „L'Archange en enfer – Der Erzengel in der Hölle“. Viele Widerstandskämpfer wie Edmond Michelet, Jean de Pange, Robert d'Harcourt, Gabriel Péri und Honoré d'Estienne d'Orves erwiesen Franz Stock die Ehre. Der Platz vor dem „Mémorial de la France combattante“ auf dem Mont Valérien, das an den Wi-

derstand der Franzosen gegen die deutsche Besatzungsmacht erinnert, trägt heute seinen Namen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging Franz Stock in das französische Lager deutscher Kriegsgefangener in Chartres. Er half wieder, minderte Elend. Er organisierte für Hunderte eine gymnasiale Oberstufe, ein Theologiestudium und das größte Priesterseminar der Welt: das „Stacheldrahtseminar“ von Chartres. Franz Stock starb am 24. Februar 1948 plötzlich und unerwartet – keine 44 Jahre alt. Seine Grabstätte befindet sich heute in der Kirche Saint Jean Baptiste in Chartres. Im Nazi-Paris legte Franz Stock die Grundlage für die deutsch-französische Versöhnung und schuf damit die zentrale Voraussetzung für ein friedfertiges und freies Europa. Im Kriegsgefangenenlager organisierte er auf deutscher Seite die Bildung für dieses neue Europa.

Franz Stock ist einer der ganz Großen unseres Landes. Die katholische Kirche hat das Seligsprechungsverfahren eröffnet. ■





Abbé Franz Stock
* 21. September 1904 in Neheim
† 24. Februar 1948 in Paris

Foto: Franz-Stock-Komitee



Hans-Josef Vogel

ist seit dem 1. September 2017 Regierungspräsident des Regierungsbezirks Arnsberg. Seit 1999 war der Jurist hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Arnsberg. Als Stadtdirektor (1993 bis 1999) und dann Bürgermeister zählte Vogel zu den Reformkräften, die die Kommunalverwaltung in Deutschland modernisierten.

Neujahrsempfang in Düsseldorf

„Engineering Valley“ Nordrhein-Westfalen

Neujahrsempfang der CDU Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf – das heißt: großer Andrang, Denkanstöße durch einen Gastredner, feierlicher Rahmen mit Musik und eine Vielzahl interessanter Gespräche. Einen neuen Blickwinkel auf Elektromobilität und Ingenieurskunst eröffnete dabei Gastredner Günther Schuh, Professor an der RWTH Aachen und erfolgreicher Unternehmer als Hersteller von Elektroautos.



Gastredner Günther Schuh ist Professor an der RWTH Aachen und stellt als erfolgreicher Unternehmer Elektroautos her.

Professor Schuh: „Wir müssen etwas erreichen wollen“

Vor gut 800 Gästen warb Gastredner Prof. Dr. Günther Schuh für ein „Engineering Valley“ in Nordrhein-Westfalen. Der Professor für Produktionssystematik an der RWTH Aachen ist Mitbegründer des Elektro-Fahrzeugherstellers „Streetscooter“, dem führenden Hersteller rein elektrischer Nutzfahrzeuge in Europa. Jeder könne ein Stück Ingenieur – nämlich gestalten und Ideen hinterherlaufen, so lange es gehe. Nordrhein-Westfalen habe eine Engineering-Mentalität. Schuh: „Wir brauchen Ehrgeiz. Wir müssen was erreichen wollen. Und das gefällt mir sehr gut bei der aktuellen Landesregierung.“ Er verglich Politik und Engineering – beides beginne damit, ein Problem zu verstehen und dann an der Lösung zu arbeiten. Die Innovationsmaschine, als die sich der Campus in Aachen bewährt habe, sei auf das ganze Land übertragbar: „Wir können das alles in Nordrhein-Westfalen – wir müssten nur eine echte Industrie daraus machen.“

Laschet: Wahlversprechen umsetzen

Für den Landesvorsitzenden Ministerpräsident Armin Laschet zeigte der Jahresrückblick, „was man bewegen kann, wenn man

sich anstrengt“. Die Anstrengungen der #NRWkoalition für das Jahr 2018 konzentrieren sich auf die Umsetzung zentraler Wahlversprechen. Da sei zunächst die Innere Sicherheit: Es werden 300 zusätzliche Polizeianwärter pro Jahr ausgebildet, und die ersten Polizeiverwaltungskräfte haben ihre Arbeit aufgenommen. Ein großes Sicherheitspaket mit gesetzlichen Präzisierungen folge in Kürze, so Laschet. Bildung war ebenfalls ein großes Wahlkampfthema, ein wichtiger Schritt in diesem Bereich war die Leitentscheidung für die Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren. Laschet hierzu abschließend: „Wir kümmern uns jetzt um die Qualität von Bildung und nicht um Strukturdebatten.“ Auch das Thema Verkehr hat die Wählerinnen und Wähler mobilisiert: „Verkehrspolitik ist Bestandteil von Wirtschaftspolitik, Grundlage, dass Wirtschaft blühen kann.“ Mit 50 neuen Planungsingenieuren, einem Masterplan für die wesentlichen Projekte im Bundesfernstraßenbau und mehr Geld auch für die Landesstraßen werde hier nun angepackt, so Laschet. Ein weiteres Versprechen war die Absenkung der Nettoneuverschuldung – zum ersten Mal seit 1973 kommt ein Landeshaushalt nach 45 Jahren mit dem Geld aus, das die Bürger geben. „Es ist eine grandiose Leistung, dass auch Nordrhein-Westfalen, das im letzten Jahr noch mehr Schulden machte als der Rest der deutschen Länder, im Jahre 2018 die schwarze Null hat.“



Armin Laschet: „Im Landtagswahlkampf 2017 haben wir gezeigt, was man bewegen kann, wenn man sich anstrengt.“

Bilder auf www.cdu.nrw

17. Politischer Aschermittwoch in Kirchveischede

Die CDU will und kann regieren!

Fotos: Sondermann

Deftige Reden, Heringsimbiss und Musikkapelle: Bereits zum 17. Mal fand der traditionelle Politische Aschermittwoch der CDU Nordrhein-Westfalen in Lennestadt-Kirchveischede statt. In der Schützenhalle im Sauerland durfte der Kreisvorsitzende der CDU Olpe, Jochen Ritter, die über 600 Gäste begrüßen.

Seine erkältungsbedingt angeschlagene Stimme hielt Generalsekretär Josef Hovenjürgen nicht davon ab, bei seinem ersten Auftritt in Kirchveischede ordentlich auszuteilen. Man dürfe nicht vergessen, in welchem Zustand man das Land von der Vorgängerregierung übernommen hatte. Einer Landesregierung, die den Bürgern vorschreiben wollte, wie sie zu leben, arbeiten, wirtschaften hätten: „Da, wo Dialog nötig gewesen wäre, kam das Diktat aus Düsseldorf.“ Die #NRWkoalition mache damit nun endlich Schluss und stehe für eine Politik, die gemeinsam mit den Menschen das Land in eine gute Zukunft bringen wolle.



Generalsekretär Josef Hovenjürgen teilte beim Politischen Aschermittwoch aus.

Erster Aschermittwoch als Ministerpräsident

„Vor einem Jahr haben mir nicht alle hier geglaubt, dass ich zum nächsten politischen Aschermittwoch als Ministerpräsident nach Kirchveischede komme“, eröffnete Armin Laschet seine Aschermittwochsrede und bedankte sich für die Unterstützung, mit der das gelungen sei. Er berichtete, wie die Landesregierung die Themen des Wahlkampfes schon angepackt hat, zum Beispiel mit zusätzlichen Polizeianwärtern und einer besseren Ausstattung für die Polizei. Der Innenminister und der Justizminister arbeiteten daran, dass NRW sicherer werde: „Das werden die Bürger spüren“, so Laschet. Auch das im Bildungsbereich versprochene Mora-

torium für Förderschulen, die nicht mehr geschlossen werden, sei ebenso gekommen wie die Leitentscheidung für G9. Laschet: „Wir sorgen jetzt dafür, dass die Kinder rechnen, schreiben und lesen können, und nicht mehr nur über Strukturen geredet wird.“ Mit dem Masterplan des Verkehrsministers werde auch der Neuanfang in der Infrastruktur sichtbar: „Wir sorgen dafür, dass das Bundesgeld für die Infrastruktur auch mal ankommt und wir nichts mehr zurücküberweisen müssen!“ Zudem habe der Finanzminister erstmals seit 1973 einen Haushalt ohne neue Schulden eingebracht. Laschet: „Es gelingt, wenn man es richtig macht!“



Gibt den Takt vor: Armin Laschet dirigiert den Musikverein Bilstein.

Laschet gibt den Takt vor

Auch zum Koalitionsvertrag mit der SPD äußerte sich Laschet in Kirchveischede: „Unser Markenkern ist die Soziale Marktwirtschaft und nicht irgendeine Ressortverteilung.“ Die CDU sei die einzige Kraft, die regieren wolle, regieren könne und kompetente Leute dafür habe. Mit einer handlungsfähigen Regierung werden christdemokratische Ideen auch in Berlin wieder sichtbar, so Laschet. Nach dem Schlusswort des Bezirksvorsitzenden Klaus Kaiser und dem gemeinsamen Singen der Nationalhymne klang der 17. Politische Aschermittwoch mit dem traditionellen Heringsimbiss aus. Für die musikalische Untermalung sorgte wie immer der Musikverein Bilstein unter der Leitung von Dirigent Erwin Völkel – wobei dieser den Taktstock zwischenzeitlich auch an Armin Laschet abgab. Die Musiker attestierten ihm Talent: Armin Laschet gibt also nicht nur in Düsseldorf den Takt vor. ■

Metropole Ruhr

Neue Möglichkeiten in einer aufstrebenden Region

Die Region an Ruhr, Lippe und Emscher mit 5,1 Millionen Einwohnern in 53 Kommunen ist der drittgrößte städtische Ballungsraum in Europa und besitzt damit ein Potenzial, von dem Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen profitieren können.

Zu den Hochzeiten von Kohle und Stahl war die Region der größte Montanstandort Europas und damit Motor für ganz Deutschland. Was viele Jahre wichtige Voraussetzung für das Wirtschaftswunder in Deutschland war und gleichzeitig Arbeitsplätze in den Städten der Ruhrregion schuf, wurde ihr später zum Nachteil. In der Stahlkrise und dem anschließenden Strukturwandel wurde deutlich, dass vor allem die Bereiche Bildung und Kultur vernachlässigt wurden.

Während in den 1960er Jahren an der Ruhr beispielsweise knapp 400.000 Menschen im Steinkohlebergbau arbeiteten, gab es keinen einzigen Studierenden. Seit dieser Zeit hat sich im Ruhrgebiet viel geändert: Ende 2018 schließt die letzte Zeche, parallel erreicht die Zahl der Studierenden in der Metropole Ruhr im Wintersemester 2016/17 mit mehr als 270.000 Studierenden eine neue Rekordmarke. Das Areal des UNESCO-Welterbes Zollverein bietet heute wieder ähnlich viele Arbeitsplätze wie zu Zeiten der Zeche, inklusive der neuen Folkwang Universität der Künste. Die große Herausforderung und wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre wird sein, diese vielen gut ausgebildeten jungen Menschen in der Region zu halten.

Unser Ziel bleibt die Entwicklung des Ruhrgebiets zu einer Metropolregion, die sich im internationalen Standortwettbewerb selbstbewusst positionieren kann. Der Weg dahin führt vorrangig über mehr Zusammenarbeit, die den Prozess der Metropolitenbildung befördert und gleichzeitig einen wirk-

samen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung in den Städten leistet. Nur gemeinsam wird es uns gelingen, das Potenzial unserer Region vollständig zu erschließen und im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben.

Wirtschaft und Gesellschaft hängen eng zusammen, genauso ist die Stadtentwicklung ein wichtiger Bestandteil, um die Wirtschaft zu fördern und gute und tragfähige Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wo Menschen gerne leben, lassen sich leichter gut ausgebildete Mitarbeiter finden, entstehen eine hohe Dynamik, mehr Kreativität und mehr Ideen für die wirtschaftliche Entwicklung. Gerade im Ruhrgebiet, wo der Strukturwandel noch nicht abgeschlossen ist und die Auswirkungen des Wegfalls traditioneller Industrien immer noch zu Schwierigkeiten führen, stehen viele Städte vor den gleichen Herausforderungen.

Erfolgreiche Beispiele bestehen bereits

Essen ist mit mehr als 590.000 Einwohnern ein erfolgreicher Konzern-, Messe-, Wissenschafts-, Gesundheits-, Design- und Energiestandort der Region. Die Stadt trägt zum zweiten Mal einen Europäischen Titel – nach der Kulturhauptstadt RUHR.2010 war sie 2017 die Grüne Hauptstadt Europas. Gerade der Titel als Europäische Grüne Hauptstadt steht für die erfolgreiche Transformation von einer Kohle- und Stahlstadt zur grünsten Großstadt in Nordrhein-Westfalen.

13.000 Menschen arbeiten bereits heute im Bereich der Green Economy. Mehr als 45.000 Menschen sind im Gesundheitssystem und in den Unternehmen der Ge-



sundheitswirtschaft beschäftigt. Das sind mehr als 20 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Essen. Neuerdings ist auch Facebook mit mehr als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Essen präsent. Deutschlandweit ist das Essener Zentrum mit Berlin das zweite dieser Art, das auch deshalb hier angesiedelt wurde, weil viele Menschen mit Migrationshintergrund hier leben und man auf diese Menschen und ihre sprachlichen Fähigkeiten zurückgreifen kann. Daneben denken wir Stadtplanung überregional. So zum Beispiel beim Infrastrukturprojekt „Freiheit Emscher“, dem Interkommunalen Entwicklungsplan der Städte Essen, Bottrop und der RAG, das die riesige industrielle Brachfläche von rund 1.700 Hektar – also rund 2.400 Fußballfelder – beschreibt, die sich über beide Städte erstreckt und die gemeinsam entwickelt werden soll.

Oberhausen befindet sich gerade in dynamischen Zeiten. Neue Impulse und eine Vielzahl von Projekten sowie Investitionen von mehreren hundert Millionen Euro eröffnen der Stadt neue Möglichkeiten. Aufgrund der guten Infrastruktur und strategischen Lage Oberhausens baut EDEKA für rund 100 Millionen Euro ein neues Logistik-Zentrallager. Hier entstehen bis zu 1.500 neue Arbeitsplätze in einer wertschöpfenden und modernen Logistik. Auch das angelsächsische Unternehmen SEGRO investiert auf dem ca. 210.000 m² großen Gelände von ThyssenKrupp in den Zukunftsstandort Oberhausen. Hier entstehen 130.000 m² modernste Hallenflächen für den neuen Mittelstand, der auf Flexibilität und Dynamik setzt.

Neben der Erschließung von Flächen entwickelt Oberhausen das Areal rund ums CentrO weiter. Bereits jetzt ist Oberhausen ein attraktiver Tourismus- und Erlebnisstandort – der „Urban Entertainment“-Standort Europas.

Mit „The Mirai“ – ein Projekt der McFit-Gruppe – entsteht in der Neuen Mitte Oberhausens das größte Fitness- und Gesundheitszentrum der Welt. 50 Millionen Euro werden hier in die nächste Phase der Gesundheitsökonomie investiert.

Aber auch die Innenstädte bekommen neue Impulse. Der ehemalige Kaufhof wird in ein modernes Hotel- und Apartmentprojekt mit Läden im Erdgeschoss verwandelt. Neben Einzelhandel sollen in Zukunft Co-Working-Modelle und urbane Produktion zur Belebung der Innenstadt beitragen.

Der Strukturwandel ermöglicht eine Neustrukturierung der Region, die ihren Bewohnern neue Möglichkeiten eröffnet. Die Metropole Ruhr kann somit auch Vorbild sein. Ausschlaggebend für künftige Erfolge ist der Wille, die Zeichen der Zeit zu erkennen, sie verändern und gestalten zu wollen.

Politik muss die Bürger dabei mitnehmen, sie einbinden und für die Ideen begeistern. Dieser Prozess ist nicht immer einfach. Im Ergebnis bedeutet es aber, dass sich die Menschen dort, wo sie mitgenommen werden, wohl fühlen und gerne leben.

Das Ruhrgebiet ist eine der dynamischsten Regionen Europas. Neue wichtige Impulse für das gesamte Revier verspricht auch die Ruhrkonferenz, die die Landesregierung ab diesem Jahr plant und die bis zum Jahr 2030 angelegt ist. Bereits 1979 und 1988 haben solche Konferenzen Entwicklungsschübe für das Ruhrgebiet auslösen können.

Denn in den zurückliegenden Jahren wurde viel erreicht. Nun gilt es, diese Erfolge mit einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung zu verbinden. Dazu müssen wir in der Metropole Ruhr gemeinsam beitragen, von Beginn an konstruktiv mitarbeiten und uns mit Ideen einbringen. ■



Daniel Schranz

ist seit September 2015 Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Oberhausen. Nach Studium (Geschichte und Politikwissenschaft), Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Düsseldorf und als Prokurist wurde Schranz 2009 Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Nordrhein-Westfalen und Leiter des Bildungswerks Düsseldorf. Seit 1994 Ratsmitglied in Oberhausen, führte er 14 Jahre lang die CDU-Fraktion im Rat – bis zu seiner Wahl zum Oberbürgermeister.

Foto: CDU Oberhausen



Thomas Kufen

ist seit September 2015 Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Essen. Der gelernte Bürokaufmann war zwischen 2000 und 2015, mit Unterbrechung, insgesamt sieben Jahre lang, Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags. Von 2005 bis 2010 war Kufen Integrationsbeauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Seit 2006 ist er stellvertretender Vorsitzender der CDU Ruhr und seit 2012 Mitglied des Landesvorstands der CDU Nordrhein-Westfalen.

Foto: Schultheiß

12 Fragen an Dr. Daniela Lesmeister

Dr. Daniela Lesmeister, Jahrgang 1977, ist seit 2005 Mitglied der CDU. Die Polizistin und promovierte Juristin gründete 2003 die gemeinnützige Hilfsorganisation „I.S.A.R. Germany“ (International Search and Rescue), die nach Naturkatastrophen, Unglücksfällen und bei humanitären Katastrophen weltweit ehrenamtlich Hilfe leistet. Dafür wurde sie 2010 mit dem „Bambi“ in der Kategorie „Stille Helden“ und 2015 mit dem „Bundesverdienstkreuz am Bande“ gewürdigt. Zuletzt war Lesmeister, die mit ihrem Mann und ihrem Sohn im Kreis Kleve lebt, Dezernentin für Recht und Ordnung in Duisburg. Seit Oktober 2017 leitet sie als erste Frau die Abteilung Polizei des nordrhein-westfälischen Innenministeriums und ist damit Chefin von rund 42.000 Ordnungshütern in NRW.



Was war Ihr erster Berufswunsch?

Tierärztin. Ich habe fleißig an meinen Stofftieren geübt.

Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

Aufstehen, Hose abklopfen, weiter machen.

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

In meinem absoluten Lieblingsfilm „Interstellar“, welcher von einer Raumfahrtexpedition handelt und dabei die Quantenphysik und Gravitation geschickt mit einbindet. Ich finde es sehr schade, dass ich die Zeiten wohl nicht miterleben werde, wenn die Menschen auch andere Planeten als Lebensraum für sich entdecken werden.

Was ist Ihre größte Schwäche?

Ich akzeptiere Autoritäten nur, wenn sie aus meiner Sicht wirklich auch eine darstellen und nicht nur aufgrund ihres Status. Meine Einschätzung kann ich dann auch schlecht verbergen, was natürlich nicht immer gut ist.

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

Keine. Ich lade mir immer Bücher auf das iPhone.

Was können Sie besonders gut kochen?

Kartoffeln und Spiegelei. Ich kann nicht gut kochen, das übernimmt mein Mann. Den Abwasch kann ich dafür umso besser.

Wie können Sie am besten entspannen?

Mit der Familie in unserem Wohnmobil mit einem guten Glas Wein in der Hand.

Was mögen Sie an der CDU?

Ich empfinde das Wertkonservative der CDU in dieser so schnelllebigen Zeit als Beruhigung und Anker und dementsprechend als immens wichtig.

Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

Auf einer Farm in Kanada. Das wäre ein anderes und raues Leben, aber das hätte seinen Reiz für mich.

Seit Mitte Oktober leiten Sie die Abteilung Polizei im Innenministerium. Was sind die dringlichsten Aufgaben, die vor Ihnen liegen?

Die Aufgabenliste ist sehr lang, es gilt vieles anzupacken. Meine Hauptaufgabe ist es, Rahmenbedingungen für die Polizei zu schaffen, damit diese in der heutigen Zeit optimal ihrer Arbeit nachgehen kann.

Wie haben sich die Anforderungen an Polizisten in den vergangenen Jahren geändert?

Zum einen sehen sie sich immer mehr verbalen und körperlichen Übergriffen ausgesetzt. Eine gewisse „Verrohung“, die es früher nicht gab, ist durchaus festzustellen. Daher ist es gut, dass der Landesinnenminister hier einen Schwerpunkt unserer Arbeit gesetzt hat. Zum anderen verändert sich die Verbrechenwelt und -bekämpfung durch die Digitalisierung. Verbrechen werden heutzutage anders begangen, vor zehn Jahren gab es Internetkriminalität, Cybermobbing etc. so noch nicht. Die Polizei muss sich auch dieser Herausforderung stellen und benötigt hierzu auch wieder optimale Rahmenbedingungen (Ausstattung, Ausbildung).

Bei der Hilfsorganisation I.S.A.R. Germany engagieren Sie sich ehrenamtlich. Wie sind Ehrenamt und Beruf miteinander in Einklang zu bringen?

Jedem, der bei Katastrophen, wie z.B. Haiti im Jahr 2010, vor Ort war und miterleben musste, wie dort Hunderttausende Menschen an den Folgen des Lebens gestorben sind, stellt sich diese Frage nicht. Man macht einfach, weil man es kann und bringt es miteinander überein.

12 Fragen an Markus Lewe

Markus Lewe, Jahrgang 1965, ist seit 1981 Mitglied der CDU. Bereits drei Jahre zuvor trat er in die Junge Union ein. Er ist verheiratet und hat fünf Kinder. Nach seinem Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung arbeitete der Diplom-Verwaltungswirt zunächst beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe, danach mehr als 15 Jahre beim Bischöflichen Generalvikariat in Münster, unter anderem als Referatsleiter Innenrevision und Controlling. Ab 1999 war Markus Lewe 10 Jahre lang Bezirksbürgermeister in Münster, ehe er 2009 zum Oberbürgermeister der Stadt gewählt wurde. Am 1. Januar 2018 übernahm er das Präsidentenamt des Deutschen Städtetags und vertritt die Anliegen von knapp 3.400 Städten in Berlin.

Was war Ihr erster Berufswunsch?
Lokführer.

Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?
Fröhlich sein, Gutes tun und die Spatzen pfeifen lassen.

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?
Jim Knopf & Lukas, der Lokomotivführer.

Was ist Ihre größte Schwäche?
Selbstgebeizter Lachs.

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?
„1517“ von Heinz Schilling und „Tyll“ von Daniel Kehlmann

Was können Sie besonders gut kochen?
Toskanisches Platthuhn.

Wie können Sie am besten entspannen?
Beim Wandern und Nordic Ski.

Was mögen Sie an der CDU?
Die gelebte Verbindung von Tradition und Zukunft.

Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?
Nirgendwo.

Seit Anfang des Jahres sind Sie Präsident des Deutschen Städtetags. Welchen Aufgaben müssen sich Städte und Gemeinden in den kommenden Jahren stellen?
Der Stärkung des sozialen Zusammenhalts, der Bürgerfreundlichkeit, der Digitalisierung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Wie sind die deutschen Städte und Gemeinden mit Blick auf sich verändernde Anforderungen im Bereich Verkehr und Mobilität aufgestellt?
Sie stehen von erheblichen Invests. Ich denke an moderne Verkehrssysteme, die smart ineinander greifen.

Wie sieht für Sie die Stadt der Zukunft aus?
Europäisch. Und zwar für alle, gleich welcher sozialen Herkunft. So, dass wir gut miteinander leben und uns organisieren können.



DAS SPRACHPROBLEM DER SOZIALDEMOKRATEN

27. September 2017: Andrea Nahles ist gerade zur Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt worden und im Gespräch mit der Presse fällt der berühmte Satz: Sie sei „ein bisschen wehmütig – und ab morgen kriegen sie [die Union, A. d. Red.] in die Fresse!“ Twitter war bei mir schneller als der dpa-Ticker, ein bisschen aufgeregt möchte ich meinem Mann im Wohnzimmer davon berichten. Einziges Problem: Sohnmann, damals rund anderthalb und mitten im Spracherwerb und Nachplappermodus, spielt in eben diesem Wohnzimmer fröhlich vor sich hin. „In die Fresse!“ soll er in der Kita nicht sagen oder zumindest nicht von mir gelernt haben. Und da wird mir klar: Ich kann vor einem Kind nicht wiederholen, was die Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gesagt hat. Wie krass ist das denn?

Ja, sicher, sie hat es als Scherz gemeint. Am Rande ihrer letzten Kabinettsitzung, unter Duz-Freunden, war das bestimmt auch lustig. Aber musste sie es auch noch mal – mehrfach – vor Journalisten wiederholen? Fand sie keine ihrer Position und Vorbildfunktion angemessenere Formulierung, die ihrem Kampfeswillen – immerhin dachte sie, sie sei gerade zur Oppositionsführerin gewählt worden – Ausdruck verleihen würde?

Als Beobachter ist man gewillt, dieser Anekdote keine weitere Bedeutung beizumessen. Und auch die sich daran anknüpfende mediale Diskussion sagte vielleicht mehr über die hysterische Stimmung insgesamt aus, als über diesen konkreten Einzelfall. Aber war das tatsächlich ein Einzelfall? Unweigerlich muss man an den Landtagswahlkampf zurückdenken. Schon da zeigte die SPD, was sie unter Angriff versteht: Wohlfühlplakate und die Bezeichnung des Spitzenkandidaten und heutigen Ministerpräsidenten als „Wackeldackel“. Das verfiel nicht, weil es keine Substanz hatte, zeigte aber, wie das sozialdemokratische Spitzenpersonal so tickt.

Selten sachlich, immer persönlich

Seit sich die NRW-SPD nun in ihre Oppositionsrolle finden muss, taucht dieses Verhaltensmuster wieder auf. Besonders ihr Fraktionsvorsitzender im Landtag, Norbert Römer, hat Beschimpfungen Dritter zu seinem Markenzeichen gemacht. Gerne gebraucht er große Begriffe wie etwa „Wortbruch“ oder bezeichnet seine politischen Mitbewerber als „Plaudertasche“ oder „Prahlhans“. Ziel seiner Ausführungen ist selten die sachliche Auseinandersetzung. Es scheint

ihm vielmehr um die persönliche Diskreditierung politischer Gegner zu gehen.

Seine Fraktionskollegen gehen dabei sogar noch ein Stück weiter. Sie setzen, wie man im Trumpschen Zeitalter sagt, alternative Fakten in die Welt. Beispiel Nummer 1: Brückenbau in NRW. Zu Beginn des Jahres wurde bekannt, dass der Zuschlag zum Ausbau der (schon viel zu lange baufälligen) Leverkusener Brücke an die Österreichische Firma Porr ging – nach einem ordnungsgemäßen und wettbewerbsrechtlich unanfechtbaren Verfahren. Gleichzeitig wurde bekannt, dass die Firma Porr auch chinesischen Stahl verwenden wird. Ein gefundenes Fressen für die SPD-Empörungskultur: Chinesischer Stahl, kein deutscher Stahl. Dass das Thyssen-Werk in Duisburg den benötigten Stahl zum Brückenbau gar nicht produziert, war der SPD egal. Dass Vorgaben, woher der Stahl zu stammen habe, die Ausschreibung anfechtbar hätte machen können und der Ausbau damit nur noch mehr verzögert worden wäre: egal. Selbst die Tatsache, dass für die Ausschreibung noch die rot-grüne Vorgängerregierung in Person des Ex-Verkehrsministers und jetzigen SPD-Landeschefs Mike Groschek verantwortlich war, bot der Empörung keinen Einhalt. Diese Gemengelage wollte nun auch der nicht gerade mit Positivschlagzeilen verwöhnte Ex-Innenminister Ralf Jäger mitsamt seinen Duisburger Kollegen Frank Börner, Sarah Philipp und Rainer Bischoff nutzen: Schwupps ließen sie verlauten, dass die Landesregierung auch den Ausbau der A40-Rheinbrücke mit Stahl aus China bestreiten wolle. 90.000 Tonnen seien dafür bestellt worden. Fakt ist jedoch: Der Ausbau der Duisburger Rheinbrücke ist noch nicht einmal ausgeschrieben. Auch würde ein beauftragtes Unternehmen, nicht aber das Verkehrsministerium selbst, Stahl bestellen. Wie also wollen Jäger und Co. an diese Informationen gekommen sein? Informationen, die noch gar nicht existieren können? Haben sich die vier Abgeordneten von Verschwörungstheorien blenden lassen oder haben sie gar absichtlich die Unwahrheit erzählt?

Beispiel Nummer 2: Im Januar wurde bekannt, dass zwei erfolgreiche Steuerfahnder das mit der Steuerfahndung betraute und im Ankauf von Steuer-CDs erfahrene Finanzamt Wuppertal verlassen würden. Schnell wurde bekannt, dass die zwei Personen zur Großkanzlei Deloitte Legal wechseln würden, weil sie bei der Neubesetzung des Wuppertaler Behördenchefpostens nicht berücksichtigt worden waren. Wieder empörte sich die SPD, warf CDU und FDP vor, man wolle den Kampf gegen Steuerkriminalität aufgeben. SPD-Fraktionsvize Martin Börschel polterte gar, die Landesregierung mutiere zum „Schutzpatron für Steuerhinterzieher“. Doch wieder nahmen es die Genossen mit den Fakten nicht so genau: Sandra Höfer-Grosjean, die Steuerfahnderin, um die es geht, hatte sich um die Leitungsposition gar nicht beworben. Sie hätte wohl auch keine Chance gehabt, weil sie die Lauf-

bahnbedingungen, die für alle Beamten gelten, nicht erfüllte. Für die SPD egal? Ex-Finanzminister Norbert Walter-Borjans hatte Höfer-Grosjean wohl zur Leiterin auserkoren und sich offenbar über geltendes Recht hinwegsetzen wollen. Auch egal? Mit der Ausschreibung und kompetenten Besetzung nach dem Regierungswechsel wurde das rechtlich richtige und damit auch gerechte Verfahren wiederhergestellt. Ist es der SPD tatsächlich lieber, dass gemauschelt wird, dass Willkür statt transparenter Verfahren Einzug halten?

Eine Frage des Respekts

Die Frage nach dem Warum drängt sich auf. Warum zielt die SPD darauf ab, ihre politischen Mitbewerber persönlich zu diffamieren, anstatt sie in der Sache zu stellen? Mögliche Erklärung: die SPD hat ihre Sprache verloren. Die schlechten Wahl- und Umfrageergebnisse der letzten Jahre auf Bundesebene, aber auch die drei verlorenen Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen haben die Vermutung genährt, dass die Sozialdemokratie den Zugang zu ihrer Wählerschaft verloren hat. Die Menschen hören die SPD nicht mehr, haben sich abgewendet. Das Ruhrgebiet, einst die Herzkammer der Sozialdemokratie, gilt spätestens seit der letzten Landtagswahl als AfD-Hochburg.

Nun begibt sich die SPD also wieder auf die Suche nach einer Sprache, die „vom kleinen Mann“, von „den Menschen auf der Straße“ verstanden wird. Die SPD will sich ehrlich machen, unkompliziert sein. Unkompliziert sind aber die wenigsten politischen Sachverhalte. Und man muss wahrscheinlich politisch solide aufgestellt sein, um Gegenpositionen zu entwickeln und diese zu erklären. Diese Kraft scheint die SPD nach den Chaos-Wochen der letzten Zeit nicht aufbringen zu können.

Einfacher und meistens auch medial effektiver ist der persönliche Angriff. Die SPD spielt dabei aber mit dem Feuer. Parteiübergreifend wird immer wieder eine Verrohung der Umgangsformen beklagt. Studien und Umfragen zeigen uns, wie schlecht es um das Ansehen von Politikern bestellt ist, wie stark Politikverdrossenheit zunimmt. So zu tun, als ob der politische Gegner per se ein schlechter Mensch sei, ist der falsche Weg. Nicht zuletzt die schwierige Regierungsbildung im Bund zeigt, dass Parteien unterschiedlich sind, dass sie unterschiedliche Konzepte und Lösungsansätze für die Herausforderungen in unserem Land haben. Diese gilt es herauszuarbeiten und zu erklären. Streit in der Sache ist wichtig, die politische Debatte fruchtbar und gewollt. Wir werden von der Bevölkerung aber eines nicht verlangen können, wenn Politiker ihn einander selbst nicht entgegenbringen können: Respekt voreinander und vor sich selbst.

Von Isabelle Fischer



Hovenjürgens
ANSAGE!

Standortbestimmung: CDU als letzte Volkspartei ist in der Mitte goldrichtig

Die Parteienlandschaft ist mehr denn je in Bewegung. Hier gibt es eine Dynamik, die vor wir vor einigen Jahren noch für völlig unmöglich gehalten haben. Auch die CDU muss sich diesem Prozess stellen. Vorschläge, wie unsere Partei sich aufstellen soll, gibt es zuhauf. Und selbst diejenigen, die für die gleiche Richtungsänderung eintreten, meinen nicht unbedingt dasselbe.

Die CDU als Partei hat ihr stolzes Alter und große Erfolge für die Menschen in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland erzielt, weil wir auf einem festen Wertefundament stehen und einen klaren Kompass haben: unser umfassendes christliches Menschenbild. Wesentlich für uns als Partei ist: Wir müssen auf die Menschen zugehen, mit ihnen sprechen, ihnen genau zuhören. Wir müssen die Sorgen, Nöte und Wünsche der Menschen aufnehmen. Und zwar die der Handwerker und der Arbeitnehmer ebenso wie die der Akademiker. Wir dürfen nicht stehen bleiben und müssen uns fortwährend hinterfragen und kontinuierlich verändern.

Unsere Aufgabe ist es, alle in unserer Gesellschaft vorhandenen Interessen zu bündeln, tragfähige Kompromisse zu finden und durchzusetzen. Das bedeutet natürlich auch, dass unsere Vorstellungen sich nicht immer 1:1 umsetzen lassen. Abstriche zu machen und kompromisswillig- und fähig zu sein, das gehört zum Wesen der Demokratie. Wenn sich am Ende eines Diskussionsprozesses alle wiederfinden, die Richtung stimmt und auf der Basis des Ausgehandelten ein Fortschritt für die Menschen und das Land erzielt werden kann, dann sind wir vorangekommen. Und als CDU gelingt es seit über 70 Jahren erfolgreich, innerhalb der Partei die verschiedensten Strömungen zusammenzufassen. Die Positionen von CDA und MIT finden sie ebenso wieder wie die von Junger Union und Senioren Union.

Es ist diese enorme Integrationskraft nach innen und die breite Verankerung in der Gesellschaft, die nach außen wirkt und noch immer bindet. Wir sind eine Volkspartei. Unser Ziel ist daher, die CDU weiterhin auf einem klaren und berechenbaren Kurs zu halten. Und das tun wir erfolgreich! Denn wenn uns SPD und Grüne von links beschimpfen und die AfD von rechts, dann zeigt das, wir bewegen uns da, wo wir hingehören: in der Mitte.



Nur in legalen Spielhallen

gelten klare Regeln.

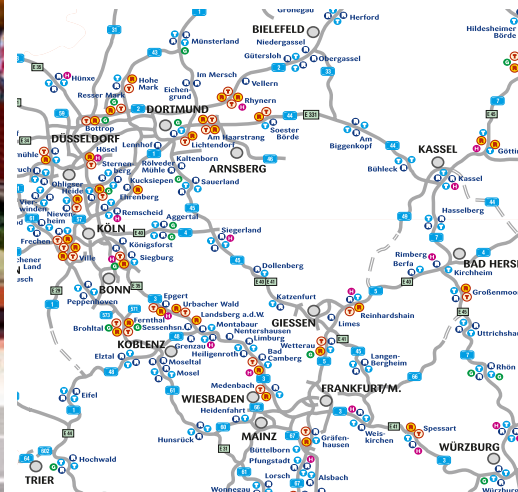
Falsche Regulierungsanreize führen zu einer Ausweitung von unerlaubtem Glücksspiel in Schwarzmärkten. Die Deutsche Automatenwirtschaft ist der Garant für ein legales und vor allen Dingen sicheres Spielangebot. Bei uns gilt:

1. **Legal nicht egal:** In legalen Spielhallen gelten strenge Regeln zum Schutz der Spieler.
2. **Nur ab 18:** In legalen Spielhallen dürfen nur Erwachsene spielen.
3. **Kein Bier hier:** In legalen Spielhallen ist Alkohol verboten.
4. **Brief und Siegel:** Unsere Spielhallen werden regelmäßig vom TÜV INTERCERT Saar und TÜV Rheinland geprüft.

Weitere Informationen zum verantwortlichen Automatenpiel auf automatenwirtschaft.de

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT

**KEIN SPIEL
OHNE REGELN**



Tank & Rast – die Nr. 1 an deutschen Autobahnen.

Kundenwünsche werden immer individueller. Auch, wenn es um die Pause geht. Oberstes Ziel von Tank & Rast ist es daher, jedem Gast mit bestem Service und attraktiven Angeboten seine Wünsche zu erfüllen und die Pause so angenehm wie möglich zu gestalten. Und das in ganz Deutschland: Unsere rund 740 Tankstellen, Raststätten und Shops stehen den Autobahn-Reisenden sieben Tage die Woche rund um die Uhr zur Verfügung.

Unsere starken Marken.



Herzlich willkommen zu bestem Service.

Lassen Sie es sich bei uns gut gehen. Ob Sie etwas essen, einkaufen, Ihr Baby wickeln oder eine saubere und hygienische SANIFAIR Toilette nutzen wollen, wir sind gerne für Sie da. Erholen Sie sich bei uns für eine sichere Weiterfahrt.

Wir freuen uns auf Sie!